

## **10.05.2023 Eingangsstatement Minister Robert Habeck in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und des Ausschusses für Klima und Energie des Deutschen Bundestags**

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist gut, dass es heute diese Ausschusssitzung gibt. Diese Ausschüsse arbeiten differenziert und sachbezogen. Das ist auch angezeigt.

Auch wenn wir alle Politikerinnen und Politiker sind und wissen, dass es nicht immer nur um Sachaufklärung geht, sondern um Zustimmung, Macht und Mehrheiten, denke ich, dass es wichtig ist, dass man die Kraft zur Differenzierung aufbringt.

In den letzten Wochen und Monaten wurde Kritik geäußert, die teilweise mit einer Härte formuliert wurde, die weit über das übliche Maß hinaus geht. Dabei wurde teilweise mit Unterstellungen und Unwahrheiten gearbeitet. Es fielen böse Formulierungen, die die Arbeit des gesamten Wirtschaftsministeriums diffamiert.

Dabei wird zum Teil alles mit allem vermengt. Erlauben Sie mir, dass ich mich zu Anfang dieser Sitzung vor mein Haus, die Kolleginnen und Kollegen stelle, dass ich mich gegen pauschale Verdächtigungen, Unterstellungen und Beleidigungen verwahre.

Die Menschen, die teilweise schon sehr lange dort arbeiten, eine Beamteneid geschworen haben, leisteten und leisten Herausragendes.

Erlauben Sie mir weiterhin folgende Anmerkung: Wir Politikerinnen und Politiker verfolgen oft Taktik und setzen die Sachen strategisch auf. Wie gesagt, es geht um Macht.

Das ist Teil des politischen Betriebs, ja. Aber man muss sich auch ab und zu mal selbst hinterfragen und den eigenen Umgang mit Macht überprüfen. Ich habe das in den letzten Wochen getan und meine Entscheidungen daraufhin überprüft. Deshalb haben

wir klar Fehler eingeräumt, wo sie passiert sind. Diese Überprüfung muss jeder und jede für sich selbst machen. Und ich bin nicht sicher, ob alle Kolleginnen und Kollegen der Opposition sich diesem Spiegelblick unterziehen.

Zur Sache:

Es gibt vier Komplexe zu unterscheiden:

1. Das GEG - ein Gesetz, das zu vielen Debatten geführt hat. Die notwendig sind. Ein Gesetz, das aus meiner Sicht notwendig ist, um das einzulösen, was die Vorgängerregierung beschlossen hat, nämlich Deutschland klimaneutral zu machen und die VerbraucherInnen zu schützen. Ein Gesetz, das natürlich auch Interessen von Gas- und Öl-Firmen betrifft. Und zwar negativ. Ich weiß, dass es Widerstand gegen das Gesetz gibt. Aber ich denke, man sollte die Debatte um die erneuerbare Wärme vs. Öl/ GasWärme nicht über Angriffe auf die Personen führen, sondern in der Sache.
2. Die Stellenbesetzungen zu Beginn der Legislatur. Es wurden in meinem Ministerium um die Funktionsfähigkeit der Koalition über die Vizekanzlerschaft zu gewähren, neue Stellen geschaffen - aber weniger als z.B. bei der Regierungsbildung 2018. Alle Vizekanzlerstellen (35 Stellen) sind mit einem sogenannten „kw Vermerk“ versehen, das heißt, sie können wegfallen, wenn die Aufgabe Vizekanzlerschaft wegfällt.
3. Die Vorwürfe gegen die Verwandtschaftsverhältnisse von Michael Kellner und Patrick Graichen: Hier ist von beiden selbstständig und gleich zu Beginn der Legislatur Transparenz hergestellt worden.  
Es wurden daraufhin unmittelbar Brandmauern eingezogen und die Strukturen entsprechend aufgestellt. Die Abteilungsleitungen wurden darüber informiert, dass Vergabeverfahren, die das Öko-Institut und den BUND e.V. betreffen, nicht über den Schreibtisch des Staatssekretärs gehen.

Umgekehrt verweise ich darauf, dass der Bundesgerichtshof im Juni 2020 geurteilt hat, dass ein Interessenkonflikt eine pauschale Vergabesperre nur

insoweit rechtfertigen kann, als der Gefahr eines Einflusses auf ein Vergabeverfahren nicht durch andere Mittel begegnet werden kann. Es ist also nicht zulässig, Wir dürfen also die genannten Vereine nicht pauschal von Ausschreibungen ausschließen. Es ist vielmehr Aufgabe der Behörde, ein geeignetes internes Verfahren zur Vermeidung des Interessenkonflikts aufzusetzen. Genau das haben wir gleich nach Amtsantritt getan

4. Die Neubesetzung der Dena-Geschäftsführung. Hier ist ein Fehler passiert, der nicht hätte passieren dürfen. Wir haben ihn eingestanden und die Konsequenzen gezogen.

Und natürlich ist es berechtigt, zu fragen, ob der Fehler so gravierend ist, dass ich Staatssekretär Graichen entlassen muss. Und natürlich habe ich mir diese Frage gestellt. Und sicher auch der Staatssekretär selbst.

Ich habe sie verneint.

Die Ausschreibung bei dena wird wiederholt. Natürlich macht das den Fehler nicht ungeschehen, aber es erlaubt, dass eine neue dena-Geschäftsführung befreit von Befangenheits-Vorwürfen arbeiten kann.

Abschließend und nochmal zusammenfassend:

Fehler müssen als Fehler benannt werden. Das haben wir getan.

Aber die Vorwürfe, die teilweise erhoben wurden, setzen sich zum Teil auch aus einem Gespinnst aus Unterstellungen oder gar falschen Behauptungen zusammen. Ich habe dazu anfangs das Meine gesagt. Dem möchte ich aber nicht nachgeben. Ich möchte, dass wir die Kraft zur Differenzierung aufbringen. Wir werden differenziert antworten.“